

II-- 478 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. olo.o21 - Parl./72

Wien, am 14. Februar 1972

An die  
Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
lolo W i e n

166/A.B.  
zu 201/J.  
Präs. am 22. Feb. 1972

Die schriftliche parlamentarische Anfrage  
Nr. 201/J-NR/72, die die Abgeordneten Dr. Gruber und  
Genossen am 21. Jänner 1972 an mich richteten, beehre  
ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1 und 2) In der ersten Sitzung des Schüler-  
beirates beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst  
am 19. Jänner 1972 nahmen die anwesenden Schülervertreter  
zu zwei Fragenkomplexen Stellung:

1. Der Schülerbeirat als neugeschaffene Institution.
2. Der 11. Abschnitt des 3. Entwurfes zum Schulunterrichts-  
gesetz.

Die wesentlichen Fragen, Anregungen, Forderungen  
der Schülervertreter und meine diesbezüglichen Stellungnah-  
men mögen einfachheitshalber dem beiliegenden Protokoll  
dieser Sitzung entnommen werden.

Beilage

*Finanzen*

ZUSAMMENFASSENDES PROTOKOLL

der ersten Sitzung des Schülerbeirates am  
19. Jänner 1972

unter den Vorsitz des Herrn Bundesministers  
(kurzzeitig vertreten durch Herrn Sektionschef  
Dipl.Ing. Walter MOLZER)

Teilnehmer: 29 Schülervertreter (laut beiliegender Liste)  
2 Lehrervertreter:  
Frau Prof. Dr. Emy STIFT, Krems  
Herr OSTR. Dr. Fritz-Berghold, Wien

vom Bundesministerium für

Unterricht und Kunst: Sektionschef Dipl.Ing. MOLZER  
Sektionschef Dr. MARZ  
Sektionsleiter MR Leitner  
Ministerialrat Dr. BOUSEK  
Ministerialrat Dr. KOWEINDL  
Ministerialrat Dr. FINDER  
Sektionsrat Dr. BENEDIKT  
Sektionsrat Dr. HOSCH-MERKL  
Dr. IRSCHIK  
Dr. JONAK  
Dr. RETTINGER  
Dr. RIEDER  
Dr. WEISSMANN  
Dr. ZEIZINGER  
Prof. KLAUS  
W. Amtsrat SEIFERT  
Amtssekretär GNANT

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

-2-

I. EINLEITUNGDer Herr Bundesminister

verweist in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung des neugeschaffenen Schülerbeirates als eines beratenden Gremiums, das der Bundesminister von Fall zu Fall einberufen wird. Er stellt in Aussicht, gegebenenfalls auch mit kleineren Gruppen einzelne Probleme durchzubesprechen. Er empfiehlt, sich nicht in Geschäftsordnungsdebatten zu verlieren, sondern möglichst gleich zur Sache zu kommen: zur Diskussion des 11. Abschnittes des Entwurfes zum Schulunterrichtsgesetz.

Die Schülervertreter

bringen zunächst folgende Anregungen, Wünsche bzw. Forderungen vor:

gesetzliche Verankerung des Schülerbeirates  
(R. REINISCH, MKV)

Möglichkeit einer Klausurtagung der Schülervertreter (G. THALER, ÖBJR)

Ausbau der Schülervertretung auf Landesebene (H. RONACHER, Salzburg)

regelmäßige, nicht fallweise Einberufung  
(F. ZINGGL, Wien)

echte Mitsprache - und Kontrollrechte  
(H. MAYER, VSM)

Berücksichtigung der auf dem Raacher Schul-sprecherseminar ausgearbeiteten Vorschläge

(E. BETAS, Burgenland, und I. WINDISCHHOFER, BEA)

Herr Ministerialrat LEITNER

schlägt vor, eventuell die nächste Sitzung des Schülerbeirates mit einer vorhergehenden Klausurtagung zu verbinden.

Der Herr Bundesminister

stellt klar, daß die Beratungen über den vorliegenden Entwurf zum Schulunterrichtsgesetz schon am nächsten Tag in der Schulreformkommission weitergehen werden und erst dann über eine Einarbeitung der von den verschiedenen Gruppen gemachten Vorschläge in den Entwurf entschieden werden kann. Ein ministerielles Komitee wird den Entwurf in die endgültige Fassung bringen. Konferenzen der Schulsprecher auf Landesebene werden seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst empfohlen werden. Eine zweite Sitzung des Schülerbeirates in nicht allzuferner Zeit soll mit einer Klausurtagung verbunden sein, auf der die Schülervertreter auch Gelegenheit zur Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Statut des Schülerbeirates haben werden. Eine Verlängerung dieser ersten Sitzung des Schülerbeirates hält der Herr Bundesminister für nicht zweckentsprechend, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen zeitlichen Belastung der Schülervertreter (auf die durch I. BAILL, Mittlere Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, hingewiesen wurde). Eine gesetzliche Verankerung des Schülerbeirates ist zur Zeit nicht beabsichtigt. (Der entsprechende MKV-Vorschlag wird den zuständigen Abteilungen des BMUK zur Kenntnis gebracht werden.)

II. ZUM SCHULUNTERRICHTSGESETZENTWURF§ 58Information der SchülervertreterSchülervertreter verlangen:

Nöglichkeiten, sich über Gesetze und Erlässe informieren zu können (Th. VOGEL, Vorarlberg)  
Laufende Informationen; ein Recht auf Information durch den Direktor (E. BETAS, Burgenland)

-4-

Frau Prof. STIFT

bietet die Beratung durch Mitglieder des Zentralausschusses für Bundeslehrer an.

Der Herr Bundesminister

sagt zu, daß die Mitglieder des Schülerbeirates künftig die Sonderbeilage "Schulreform" der Wr. Zeitung zugesandt bekommen sollen und daß auf dem Erlaßwege angeordnet werden wird, daß den Schülervertretern künftig durch die Schuldirektionen für ihre Arbeit einschlägige Gesetze, Verordnungen und Erlässe mitgeteilt werden.

"Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel"Schülervertreter

meinen, daß hier die Demokratisierung zu weit gehe (auch was die Teilnahme an Lehrerkonferenzen betreffe) (G. THALER, ÖBJR);

andere sehen aber gerade in dieser Beteiligung eine echte Möglichkeit der Mitgestaltung (F. ZINGGL, Wien, I. BALL, Wien).

Der Herr Bundesminister

will diese Passage als Grundlage für ein Gespräch zwischen Lehrern und Schülern, nicht aber als Grundlage für ein alleiniges Entscheidungsrecht der Schüler verstanden wissen. (Selbstverständlich dürfen nach wie vor nur approbierte Lehrbücher verwendet werden.)

Information und Werbung in der SchuleDer Vertreter des Bundesjugendringes

fragt an, ob es erlaubt sein soll, daß Schüler in der Schule Einladungen zu kulturellen Veranstaltungen verteilen, andernfalls müßte § 46

entsprechend geändert werden.

Herr Ministerialrat LEITNER

stellt klar, daß Anschlagtafeln der Schülervertretungen in den Schulen auch jetzt möglich sind. Schulfremde Werbung freilich ist verboten und wird dies auch weiterhin bleiben.

Der Herr Bundesminister

betont, daß er nicht will, daß die Schülermitverwaltung von außen gesteuert werde, sie soll vielmehr vom Innenleben der Schule bestimmt werden.

Schülerzeitung

Der Vertreter des Bundesjugendringes

verweist auf die seinerzeit abgegebene Stellungnahme des "Ringes" zu § 58 (Beilage!), insbesondere auf das dort betonte "Recht der Schüler auf den Vertrieb und die Verteilung einer unzensurierten Schülerzeitung". Auch der Vertreter des VSM vermißt eine Regelung der Frage der Schülerzeitungen im vorliegenden Gesetzesentwurf.

Der Herr Bundesminister

sagt eine Prüfung dieser Frage zu.

§ 59

Wünsche nach Erweiterung des Personenkreises

Der Vertreter der Österreichischen Gewerkschaftsjugend

ungiert die Anführung der berufsbildenden Pflichtschulen in diesem Gesetzesentwurf, der Herr Bundesminister sagt eine entsprechende Ergänzung zu.

-6-

Der Vertreter des Bundesjugendringes

verlangt im Sinne der Stellungnahme des "Ringes" (Beilage!) eine Einbeziehung der unteren Klassen in die Schülermitverwaltung, ebenso der Vertreter der Österreichischen Gewerkschaftsjugend.

Aberkennung der WählbarkeitSchülervertreter

meinen, daß der Zusammenarbeitsausschuß bei Gefährdung eines Schülers diesem lediglich empfehlen können sollte, sein Amt zurückzulegen. Die Entscheidung müßte beim Schüler liegen.  
(G. THALER, OBJR)

Der Herr Bundesminister

bezeichnet die vorliegende Formulierung als einen Kompromiß im Hinblick auf die Wünsche der Eltern.

Wahl von Landes-SchulsprechernDer Vertreter der BHS Salzburg

möchte in § 59/5 eine Wahl der Landesschulsprecher verankert sehen, sodaß die Vertreter im Schülerbeirat künftig nicht mehr gelost, sondern gewählt werden.

Der Herr Bundesminister

betont, daß der vorliegende Gesetzesentwurf das Innenleben der Schule regelt und nicht das, was darüber hinausgeht. Diese Frage müßte auf dem Empfehlungswege geregelt werden.

WahlvorgangSchülervertreter verlangen

eine Neuformulierung von § 59/5 (G. THALER, OBJR)  
(Beilage!);

eine Änderung der Bestimmung "unter Leitung des Klassenvorstandes" (T. LUKAN, ÖGJ);  
eine weniger starre Formulierung von § 59/6 (F. ZINGGL, Wien);  
den Wegfall der undemokratischen Bestimmung, daß bei Stimmengleichheit das Los entscheidet (St. ANDRLIK, Steiermark).

Der Herr Bundesminister

erläutert, daß der vorliegende Gesetzesentwurf die grundlegenden Normen schaffen muß und die Modalitäten des Wahlvorganges im einzelnen durch Verordnung geregelt werden (Verweis auf § 59/9). Im übrigen müßten auch die Erfahrungen der Praxis abgewartet werden.

Schulgemeinde-Statuten

Der Vertreter der BHS Burgenland

schlägt vor, auf der Grundlagen der an den einzelnen Schulen entwickelten Statuten ein für ganz Österreich gültiges Statut für die Schulgemeinde zu erstellen. Die Notwendigkeit der Statuten betont auch R. PACHER (Verband der Marianischen Studentenkongregationen).

Herr Ministerialsekretär JONAK

verweist auf die unterschiedlichen Situationen an den Schulen, angesichts deren ein zentral erstelltes Statut so allgemein gehalten werden müßte, daß es erst recht unbefriedigend wäre. Daher § 60/2 mit der Bestimmung, daß der Zusammanarbeitsausschuß die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht für die einzelne Schule umschreiben muß.



Schutz der gewählten SchülervertreterSchülervertreter verlangen

Schutzbestimmungen, denen zufolge einem Schülervertreter aus seiner Funktion kein Nachteil erwachsen dürfe.

(H. RONACHER, Salzburg; E. BETAS, Burgenland)

Der Herr Bundesminister

macht deutlich, daß durch das Gesetz die Schülervertreter eine ganz andere Stellung bekommen werden als früher, als es dieses Gesetz nicht gegeben hat.

§ 60ZUSAMMENARBEITSAUSSCHUSSSchülervertreter meinen,

daß § 60 so gefaßt sei, daß die in § 58 eröffneten Möglichkeiten nicht zum Tragen kommen könnten (H. MAYER, VSM);

daß die Möglichkeit gegeben sein sollte, zur Zusammenarbeit ungeeignete Lehrer abzulehnen (S. BATKA, Arbeitsgemeinschaft kath. Jugend Österreichs, I. BALL, Mittlere Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung);

daß die Sitzungen des Zusammenarbeitsausschusses terminmäßig fixiert sein sollten (G. THALER, OBJR);

daß der Zusammenarbeitsausschuß im Verhältnis von 5 zu 5 zusammengesetzt werden sollte (G. THALER, OBJR, u.a.)

(gegen diesen Vorschlag sprachen sich die Schülervertreter jedoch mehrheitlich aus, nicht zuletzt wegen der damit ohne Zweifel verbundenen Terminschwierigkeiten);

daß im Zusammenarbeitsausschuß geheim abgestimmt werden sollte (H. MAYER, VSM);

daß die Einberufung durch den Schuldirektor an eine Frist gebunden sein müßte (G. THALER, ÖBJR); daß ein Antrag bei Stimmengleichheit noch nicht als abgelehnt gelten sollte, sondern daß sich der Zusammenarbeitsausschuß in einem solchen Falle vertagt (G. THALER, ÖBJR).

Der Herr Bundesminister

betont, daß § 60/2 keinesfalls die Möglichkeit einer Annullierung der Schülermitverwaltung eröffne. Das Gesetz wird jenen Rahmen schaffen, an den auch die einzelne Schuldirektion gebunden ist. Bezüglich eines eventuellen Einspruches gegen einen Lehrer verweist er auf die Möglichkeit einer "Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen" (§ 58/2). Für eine terminmäßige Fixierung des Zusammenarbeitsausschusses sei er nicht, sondern für ein Zusammentreten nach jeweiligem Bedarf. Der Herr Bundesminister weist ferner darauf, daß ein Mitglied des Zusammenarbeitsausschusses für bestimmte Fälle eine geheime Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen machen kann. Die Anregung, die Einberufung des Zusammenarbeitsausschusses an eine bestimmte Frist zu binden, wird vom BMUK aufgegriffen werden. Ein im Zusammenarbeitsausschuß abgelehnter Antrag könne schon bei der nächsten Sitzung wieder eingebracht werden; die Beiziehung eines Fachmannes in beratender Funktion wäre möglich.

Abschließend zu diesem Punkt fordert der Herr Bundesminister die Schülervertreter auf, mitzuhelfen, daß der vorliegende Gesetzesentwurf Wirklichkeit werde.

Der Herr Bundesminister teilt mit,

daß der Elternbeirat und andere Gremien den Wunsch geäußert hätten, daß auch die Eltern in diesem Zusammenarbeitsausschuß

-10-

vertreten sein sollten.

Als Kompromiß sei vorgesehen, neben dem Zusammenarbeitsausschuß einen drittelparitätisch besetzten Lehrer- Eltern- Schüler-Ausschuß einzurichten, dem die Behandlung von Fragen obliegen soll, die die Schulgemeinde als Ganzes berühren. Über die endgültige Fassung wird noch zu beraten sein.

### III. ALLFÄHIGES

H. MAYER (VSM)

Anfrage wegen der Versetzung von Prof. STADLER, Mürzzuschlag

Der Herr Bundesminister teilt mit, daß das BMUK angeordnet habe, daß Prof. STADLER wieder in seine ursprüngliche Funktion einzusetzen sei.

E. BETAS (Burgenland)

Anfrage betreffs Ersatzkosten für Maschinen, die von Schülern beschädigt wurden.

An Abt. ADM weitergeleitet.

I. WINDISCHHOFER (BEA)

Anfrage wegen der Schülerfreifahrten  
Herr Sektionschef MOLZER verweist darauf, daß die da und dort aufgetretenen Anfangsschwierigkeiten gewiß sehr bald überwunden sein werden.

G. THALER (Österr. Bundesjugendring)

Antrag, daß zwei Schülervertreter auch im Eltern- und im Professorenbeirat anwesend sein sollen.

Der Herr Bundesminister sagt eine wohlwollende Prüfung dieses Antrages zu.

F. ZINGGL (Wien)

Anfrage betreffs Präsenz der Schülervertreter in der Schulreformkommission

Ministerialrat LEITNER verweist auf die Vertretung des Bundesjugendringes in der Schulreformkommission, die durch Parlamentsbeschluß eingesetzt wurde.

F. ZINGGL(Wien)

verweist auf die seinerzeit in Raach formulierten Empfehlungen und betont (auch im Namen anderer Seminarteilnehmer), daß er diese Empfehlungen nach wie vor als Arbeitsgrundlage betrachte.

B. RACHBAUER (Tirol)

Anfrage bezüglich des Termins der Sitzung des nächsten Schülerbeirates

Der Herr Bundesminister stellt die nächste Zusammenkunft des Schülerbeirates für die Zeit zwischen dem 20. und 29. Februar 1972 in Aussicht, behält sich aber eine genaue Terminfestsetzung vor.

## ADRESSLISTE I

AHS

BHS (BMS)

## ISR Burgenland

- 1) Hillinger Iva  
BG u. BRG Eisenstadt, 8. Kl.  
7000 Eisenstadt

- 2) Fotas Ernst  
HUBA Pinkafeld, 4. Kl. Maschinenbau  
7425 Pinkafeld, Bahngasse 1

## ISR f. Kärnten

- 3) Reßler Hubert  
Off. Stiftsym. d. Benediktiner  
St. Paul/Lav., 8. Klasse a  
9470 St. Paul i. L.

- 4) (Wilder Isabella) *Wanderung: Traby Lamm*  
BMAK u. BHS Klagenfurt, Klasse 5a  
9020 Klagenfurt, Kumpfgasse 21

## ISR f. NO

- 5) Schupp Walter  
BG Klosterneuburg  
3400 Klosterneuburg,  
Buchberggasse 31

- 6) Rindorfer Paul  
BMAK u. BHS Krems  
3500 Krems, Lejtenloiserstr. 22

## ISR Oberösterreich

- ~~Hubert Hubert Junger Wolfgang~~  
5. BG Linz  
Ramsauerstr. 94  
4020 Linz

- 1) Kaltenbrunner Ingrid  
HUBA für w. Fb. Bad Ischl  
Kaltenbachstr. 25  
4820 Bad Ischl

## ISR Steiermark

- 8, Pracher Gabriele  
Wilku BRG f. M. Graz, Kl. 7b  
Petersgasse 108  
8010 Graz

- 10) Andriik Stanislaus  
BMAK u. BHS I Graz  
8010 Graz, Grazbachgasse 71

## ISR Tirol

- 14) Baumgartner Siegfried  
Musikpäd. BRG Innsbruck, 8. Kl.  
Hallererstr. 7  
6020 Innsbruck

- 16) Rechbauer Barbara  
Berufsschd. SLA f. w. Fb. Innsbruck  
6020 Innsbruck  
Weinertstr. 4

## ISR Salzburg

- 15) ~~Unterwiesing-Gottfried  
Dietl. Gym. d. Herz-Jesu-Miss.  
in Salzburg~~ *Informing*  
~~5045 Salzburg~~ *Informing*

- 17) Ronacher Harald  
Städt. HAK Salzburg  
5020 Salzburg  
Paris-Lodron-Straße 10

*Wiemelt Christian  
BRG Salzburg  
Karlsmühlstr. 19*

ISR Vorarlberg

Vögel Thomas

G. der Zisterzienser  
Bregenz-Mehrerau  
6901 Kloster Mehrerau

Pösel Richard

HEBLVA Bregenz, 5. Jg. Maschinenbau  
6900 Bregenz,  
Reichsstr. 4

SSR Wien

Hoffmann Elisabeth

Priv. G. f. M. St. Ursula  
Frenz Asenbauer-Gasse 49  
1238 Wien

Zingel Franz

HAX V d. Wr. Kaufmannschaft  
Franklinstr. 24  
12010 Wien

Techn. u. Gewerbl.  
Zentrallehreanstalten

Brimmer Friedrich

TCM Wien IX, 4. Jg.  
1090 Wien, Währinger Str. 39

Bundeserziehungs-  
anstalten

Windischhofer Ingrid

BFA Wien, Klasse 8 m  
Boerhaavegasse 15

Mittl. Anstalten der  
Lehrer- und Erzieherbildung

Ball Ilse

BA f. Kindergärtnerinnen der Stadt Wien  
Siebenelchengasse 17  
1150 Wien

ADRESSEN II

Österr. Bundesjugendring	22,	Thaler Günther Mandelsberger Str. 16 6020 Innsbruck
Arbeitsgemeinschaft kath. Jugend Österreichs	23,	Bathka Sabine Arnoldstr. 96 1120 Wien
Evangel. Jugendwerk in Österreich	24,	Mandl Christoph Braunauergasse 19 7425 Pinkafeld <i>unbekannt!</i>
Mittelschüler - Kartell- Verband	25,	Reinisch Raimund Süßfeldgasse 49 3002 Pukersdorf
Österr. Gewerkschaftsjugend	26,	Lukan Thomas D.Ä. Öster. Gewerkschaftsjugend Hohenstaufengasse 10-12 1010 Wien
Österr. Naturschutzjugend	27,	Pinggerer Ruth Ziegeleistr. 35 5020 Salzburg
Verband der Marian. Studentenkongregationen	28,	Pacher Richard Obere Donaustr. 97-99/1/2/14-15 1020 Wien
Verband sozialistischer Mittelschüler	29,	Mayer Helmut Pressgasse 18/16 1040 Wien
Österr. Schülerzeitungs-Zentrum		Prochazka Karl Römergasse 45 1160 Wien